

Andreas Keller: Gute Bildung – gute Arbeit: Zwei Seiten einer Medaille

Auf Initiative der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der österreichischen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) haben im Dezember 2009 23 Bildungsgewerkschaften aus ganz Europa einen gemeinsamen Aufruf vorgelegt.(1) Unter dem Motto „Höchste Zeit für eine Kehrtwende in der Bildungspolitik – High Time for a U-Turn in Education Policy“ erklären sie, die europaweiten Protestaktionen von Studierenden, Schülerinnen und Schülern zu unterstützen. Aus einem einfachen Grund: Unter dem Mainstream der gegenwärtigen Bildungs- und Wissenschaftspolitik leiden Lehrende und Lernende gleichermaßen – gute Bildung und gute Arbeit sind zwei Seiten einer Medaille. Pädagoginnen und Pädagogen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen deshalb mit den Studierenden, Schülerinnen und Schülern an einem Strang ziehen.

Gute Lehre und gute Arbeit an den Hochschulen sind zwei Seiten einer Medaille. Oder: Wer von Exzellenz der Forschung, zunehmend auch der Lehre redet, darf von der Qualität der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen nicht schweigen! Genau dies tun aber viele Hochschulen, wenn sie den bevorstehenden „Studierendenberg“ mit einer Ausweitung prekärer Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen für das wissenschaftliche Personal auffangen wollen: Nebenberufliche Lehraufträge verdrängen tariflich geschützte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse; 80 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse mit wissenschaftlichen Angestellten sind befristet – bei immer kürzeren Vertragslaufzeiten; Stellen werden halbiert, gedrittelt und geviertelt – unbezahlte Mehrarbeit in der Freizeit gilt als selbstverständlich.(2)

Die Alternativen liegen auf der Hand: „Wissenschaft als Beruf begreifen – Personalstruktur aufgabengerecht gestalten“, fordert die Bildungsgewerkschaft GEW in ihrem im April 2009 vom Gewerkschaftstag verabschiedeten neuen wissenschaftspolitischen Programm.³ Statt an der Professur hat sich eine aufgabengerechte Personalstruktur an der Profession zu orientieren und allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Chance zu eröffnen, Wissenschaft als Beruf zu betreiben – unabhängig davon, ob sie auf eine Professur berufen werden oder nicht.

Für Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement müssen die Hochschulen Funktionsstellen mit unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen einrichten, fordert die GEW. Das ist die Basis für einen „Tenure Track“ nach angelsächsischem Vorbild, der jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern berechenbare Karrierewege eröffnet und den Arbeitsplatz Hochschule im Wettbewerb mit Arbeitgebern in der Wirtschaft oder im Ausland attraktiv macht.

Diese Forderungen der GEW sind zunächst Ausdruck eines ureigenen gewerkschaftlichen Anliegens im Interesse der an Hochschulen beschäftigten Kolleginnen und Kollegen und der Studierenden von heute, die morgen eine wissenschaftliche Laufbahn in Hochschule und Forschung anstreben. Darüber hinaus ist sie aber auch im Interesse der Qualität von Forschung und Lehre, auf die die Hochschulen, die Studierenden, in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts aber auch immer grundlegender Wirtschaft und Gesellschaft angewiesen sind.

01-10: Die Bologna-Marionetten wehren sich

von: Dr. phil. Andreas Keller (GEW-Vorstandsmitglied, Frankfurt/M.) |

Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de

Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

Unter miesen Beschäftigungsbedingungen für das an Hochschulen tätige Personal leiden auch die Studierenden. Wer betreut die Prüfungen und Hausarbeiten der Studierenden, wenn die Lehrbeauftragten mit dem Beginn der Semesterferien ihren Job verlieren, nicht einmal über ein Büro für Besprechungen und Beratung verfügen? Wie kann die Kontinuität der Lehre gesichert werden, wenn wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach dem Prinzip „hire and fire“ alle ein oder zwei Jahre ausgewechselt werden? Wie hoch ist die Motivation, die Identifikation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit ihrer Hochschule, wenn das Hauptinteresse ihres Arbeitgebers zu sein scheint, sie rechtzeitig möglichst reibungslos wieder los zu werden?

Hinzu kommen die gänzlich unbewältigten Folgen der Studienstrukturreform im Zuge des Bologna-Prozesses. Die Umstellung auf Bachelor und Master und die Modularisierung der Studiengänge sollten eigentlich zu einer besseren Betreuung der Studierenden führen. Tatsächlich wird eine Verdichtung der Lehr- und Lernprozesse und eine deutlich höhere Belastung – im Bologna-Deutsch: „Workload“ – beklagt. Und zwar von den in Lehre und Verwaltung tätigen Beschäftigten ebenso wie von den Studierenden selbst.

„Wer baute das siebentorige Theben?“ fragt Bertolt Brecht in den viel zitierten „Fragen eines lesenden Arbeiters“. „In den Büchern stehen die Namen von Königen. Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?“ Im Bezug auf die Bologna-Reformen lässt sich in diesem Sinne fragen: Auf wessen Schultern ruhe die mit der Umstellung der Studiengänge verbundenen Lasten? Wer reformiert die Curricula, wer bereitet die aufwändige Akkreditierung und Reakkreditierung der Bachelor- und Masterstudiengänge vor? Wer schreibt die Modulhandbücher, wer evaluiert Lehre und Studium? Wer hat die Prüfungen, über deren Dichte die Studierenden zu Recht klagen, abzunehmen, die Klausuren zu korrigieren, die Anwesenheitslisten zu führen, die Rat suchenden bis verzweifelten Studierenden zu betreuen und zu beraten, nicht selten in parallel laufenden alten und neuen Studiengängen?

Es sind die in Lehre, Verwaltung und Management tätigen Kolleginnen und Kollegen, die mit den Studierenden die Suppe auszulöffeln haben, die ihnen die „Könige“ eingebrockt haben, die später in den Büchern stehen werden.

Die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wissenschaftlichen Hilfskräfte, Lehrbeauftragte und ihre Kolleginnen und Kollegen in Verwaltung und Management sind daher gut beraten, jetzt mit den Studierenden gemeinsam einen Kurswechsel im Bologna-Prozess zu fordern – damit die Qualität von Studium und Lehre tatsächlich verbessert, Hürden für die Mobilität von Studierenden und Beschäftigten im Europäischen Hochschulraum beseitigt, die soziale Dimension des Europäischen Hochschulraums gestärkt werden.

In ihrem Appell an die zeitgleich tagende Leuvenener Konferenz der europäischen Bildungsministerinnen und Bildungsminister hat der Gewerkschaftstag der GEW im April 2009 Eckpunkte eines „radikalen Kurswechsels im Bologna-Prozess“ beschrieben.⁽⁴⁾ Einen Kurswechsel fordern auch die 23 europäischen Bildungsgewerkschaften in ihrem Aufruf zur Unterstützung der Studierenden, Schülerinnen und Schüler.

Ein Hauch von Kurswechsel im Bologna-Prozess liegt in der Luft. Nach dem Bundesministerium für

01-10: Die Bologna-Marionetten wehren sich

von: Dr. phil. Andreas Keller (GEW-Vorstandsmitglied, Frankfurt/M.) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

Bildung und Forschung und der Hochschulrektorenkonferenz haben sich mit der Kultusministerkonferenz und dem Akkreditierungsrat alle vier für die Umsetzung der Bologna-Reformen in Deutschland verantwortlichen Bonner Akteure bewegt. Die Prüfungslast soll gemindert, der Workload reduziert, die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen verbessert werden. Ob den Ankündigungen konkrete Maßnahmen folgen, bleibt abzuwarten. Vor allem aber bleibt die Forderung nach einer Durchlässigkeit beim Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium bisher ohne positive Resonanz. Dabei ist diese Forderung zentral für die Akzeptanz der Reform bei Studierenden und Lehrenden.

Bund und Länder bleiben Lehrenden und Lernenden aber vor allem die Antwort schuldig, wie die Mehrbelastung aufgefangen werden soll. Die zusätzlichen Milliarden, die für die Exzellenzinitiative aufgebracht werden, fließen ausschließlich in die Förderung der Spitzenforschung. Mit den Mitteln des „Hochschulpakts 2020“ kann nur ein Teil der zusätzlich benötigten Studienplätze finanziert werden. Studiengebühren, eine marode Ausbildungsförderung und miserable Studienbedingungen halten immer mehr Studienberechtigte vom Studium fern. Zusätzlich bleiben viele der knappen Studienplätze unbesetzt, weil die Hochschulen mit dem Management der deregulierten Hochschulzulassung überfordert sind.

Geld ist genug da: Wäre der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nur so groß wie in Slowenien, stünden 30,5 Milliarden zusätzliches Geld für die Bildung zur Verfügung, orientierte sich Deutschland an Dänemark, wären es sogar 84 Milliarden zusätzlich.(5)

Die Prekarisierung der wissenschaftlichen Arbeit und die Verschlechterung der Studienbedingungen hängen also unmittelbar zusammen. Dagegen können Studierende und Hochschulbeschäftigte nur gemeinsam vorgehen. Es ist dieselbe Politik, die auf der einen Seite Studierende mit Gebühren zur Kasse bittet und auf der anderen Seite WissenschaftlerInnen in prekäre Beschäftigungsbedingungen drängt. Es ist dieselbe Politik, die auf der einen Seite Numerus Clausus und überfüllte Seminare achselzuckend mit dem Hinweis quittiert, es sei eben kein Geld da, und auf der anderen Seite Milliarden für den Aufbau von „Leuchttürmen“ der Spitzenforschung übrig hat. Wir haben gar keine andere Wahl, als an einem Strang zu ziehen: für gute Bildung und für gute Arbeit an den Hochschulen!

Höchste Zeit für eine Kehrtwende in der Bildungspolitik

Schülerinnen und Schüler, Studierende und Beschäftigte an Schulen und Hochschulen gemeinsam gegen die Bildungskatastrophe

Bildungsgewerkschaften unterstützen die europaweiten Protestaktionen

Aufruf von 23 Bildungsgewerkschaften aus 19 Ländern

Frankfurt am Main / Wien, 14. Dezember 2009

Studierende, Schülerinnen und Schüler in Österreich, Deutschland und anderen Staaten haben Protestaktionen gegen die Bildungskatastrophe gestartet. Ihre Proteste werden von Lehrerinnen und Lehrern, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern und ihren Gewerkschaften unterstützt. Es entwickelt sich eine breite europäische Bewegung für eine Kehrtwende in der Bildungspolitik. Deshalb haben GEW (Deutschland) und GÖD (Österreich) diesen Aufruf zur Unterstützung der Schülerinnen,

01-10: Die Bologna-Marionetten wehren sich

von: Dr. phil. Andreas Keller (GEW-Vorstandsmitglied, Frankfurt/M.) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

Schüler und Studierenden vorgelegt und Bildungsgewerkschaften in ganz Europa eingeladen, den Aufruf mit zu unterzeichnen. Bis jetzt haben 23 Bildungsgewerkschaften aus 19 Ländern entschieden, den Aufruf zu unterzeichnen. Weitere Informationen bei Dr. Andreas Keller (für Hochschule und Forschung verantwortliches Vorstandsmitglied der GEW): andreas.keller@gew.de.

Es ist etwas faul in Europa. Schulen, Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen sind chronisch unterfinanziert. Während über Nacht Billionen Euro für die Rettung der Banken mobilisiert werden konnten, tun sich die Regierungen schwer, wenn es um die dringend erforderlichen Zukunftsinvestitionen in die Bildung geht. Junge Menschen werden durch ungleiche Bildungschancen und fehlende Ausbildungs- und Studienplätze ihrer Zukunftschancen beraubt. Kinder aus bildungsfernen und einkommensarmen Familien sind an den Hochschulen deutlich unterrepräsentiert. Der Bologna-Prozess hat ein besseres Studium und eine leichtere Mobilität versprochen, seine Umsetzung führt in vielen europäischen Staaten zu Verschlechterungen. Schulen und Hochschulen werden Markt und Wettbewerb ausgesetzt und zu Bildungs-Unternehmen umstrukturiert. Die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen im Bildungsbereich werden mehr und mehr flexibilisiert, befristete Beschäftigungsverhältnisse sind im Vormarsch. Darunter leiden die Qualität der Bildung und die Attraktivität der anspruchsvollen Berufe in Bildung und Wissenschaft.

Damit muss endlich Schluss sein. Es ist höchste Zeit für eine Kehrtwende in der Bildungspolitik, die Bildungsarmut bekämpfen, Chancengleichheit herstellen und gute Bildung für alle gewährleisten muss!

Deshalb fordern Bildungsgewerkschaften in ganz Europa

- * eine deutliche Verbesserung der Finanzierung der Bildungseinrichtungen nicht trotz, sondern wegen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise: Investitionen in die Bildungseinrichtungen und in die Zukunftschancen junger Menschen sind das beste Konjunkturprogramm;
- * Chancengleichheit für alle jungen Menschen – durch eine gute Schule für alle, die die Auslese der Kinder stoppt und ihre individuelle Förderung gewährleistet, durch eine leistungsfähige Ausbildungsförderung für alle Studierenden sowie die Reduzierung aller Bildungsgebühren von der Kita bis zur Uni mit dem Ziel der Abschaffung;
- * einen Kurswechsel bei der Umsetzung des Bologna-Prozess, der die soziale Dimension des europäischen Hochschulraums stärkt, die uneingeschränkte Durchlässigkeit beim Übergang vom Bachelor zum Master gewährleistet, die Mobilität von Studierenden und Hochschulbeschäftigten fördert und die Qualität von Lehre und Studium verbessert;
- * Innovation durch Partizipation in Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen – durch einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten sowie von Studierenden, Schülerinnen und Schülern;
- * eine Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der an den Bildungseinrichtungen Beschäftigten – durch mit den Gewerkschaften ausgehandelte, sozial abgesicherte und angemessen vergütete Beschäftigungsverhältnisse.

Die Qualität der Bildung und die Qualität der Arbeit sind zwei Seiten einer Medaille! Es ist höchste Zeit für eine Protestbewegung, in der Studierende, Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit Lehrkräften, Pädagoginnen und Pädagogen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und allen anderen im

01-10: Die Bologna-Marionetten wehren sich

von: Dr. phil. Andreas Keller (GEW-Vorstandsmitglied, Frankfurt/M.) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

Bildungsbereich Beschäftigten an einem Strang ziehen, um den Forderungen nach einer Kehrtwende in der Bildungspolitik Nachdruck zu verleihen. Gemeinsam gegen die Krise – für gute Bildung und gute Arbeit!

Zum weiterlesen ...

1 Der Aufruf ist in deutscher und englischer Sprache im Internet abzurufen: http://www.gew.de/Aufruf_von_23_Bildungsgewerkschaften.html.

2 Vgl. Andreas Keller: Alma mater prekär – Prekarisierung wissenschaftlicher Arbeit an Hochschulen, in: denk-doch-mal.de 3/2008, <http://www.denk-doch-mal.de/node/15>.

3 „Wissenschaft demokratisieren, Hochschulen öffnen, Qualität von Forschung und Lehre entwickeln, Arbeits- und Studienbedingungen verbessern – Das wissenschaftspolitische Programm der GEW“, http://www.gew.de/GEW_Alternatives_Leitbild_zur_unternehmerischen_Hochschule.html.

4 „Chancengleichheit im Europäischen Hochschulraum – Für einen radikalen Kurswechsel im Bologna-Prozess“, http://www.gew.de/GEW_Freier_Zugang_zum_Master_weder_Quote_noch_Note_3.html.

5 Vgl. Andreas Keller: Die ganze Bäckerei! In: Gegenblende, das gewerkschaftliche Debattenmagazin, www.gegenblende.de.

Folgende Bildungsgewerkschaften haben diesen Aufruf unterzeichnet:

Aserbeidschan:

* *Independent Trade Union of Education Workers of the Azerbaijan Republic (ARCITUEEI)*

Dänemark:

* *The Danish National Federation of Early Childhood Teachers and Youth Educators (BUPL)*

* *Dansk Magisterforening (DM)*

Deutschland:

* *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)*

Frankreich:

* *Syndicat National de l'Enseignement Supérieur (SNESUP)*

* *Syndicat National des Enseignements de Second Degré (SNES-FSU)*

Griechenland:

* *Greek Federation of Secondary State School Teachers (OLME)*

Großbritannien:

* *Association of Teachers and Lecturers (ATL)*

* *University and College Union (UCU)*

Irland:

* *Irish Federation of University Teachers (IFUT)*

Israel:

* *Israel Teachers Union (ITU)*

Italien:

* *Federazione Lavoratori della Conoscenza (FLC CGIL)*

Kroatien:

* *Independent Union of Research and Higher Education Employees of Croatia (IURHEEC)*

Lettland:

* *Latvian Education and Scientific Workers' Trade Union (LIZDA)*

Niederlande:

* *Algemene Onderwijsbond (AoB)*

Österreich:

* *Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD)*

Rumänien:

* *Federatia Nationala Sindicala ALMA-MATER (ALMA-MATER)*

Russland:

* *Education and Science Employees' Union of Russia (ESEUR)*

Slowenien:

* *Education, Science and Culture Trade Union of Slovenia (ESTUS)*

Spanien:

* *Confederación de Sindicatos de Trabajadoras y Trabajadores de la Enseñanza – Intersindical (STEs-i)*

Schweiz:

* *Verband der Fachhochschuldozierenden Schweiz (fh-ch) im Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH)*

Ungarn:

* *Syndicat des Enseignants de Hongrie (SEH)*

* *Teachers' Democratic Union of Hungary (PDSZ)*

01-10: Die Bologna-Marionetten wehren sich

von: Dr. phil. Andreas Keller (GEW-Vorstandsmitglied, Frankfurt/M.) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.
